

Niederschrift

über die Sitzung des Werksausschusses für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast am Donnerstag, 15.10.2009, 16:00 Uhr, im Rathaus I, großer Sitzungssaal.

Anwesend:

Ausschussvorsitzender:	Iko Chmielewski
Ausschussmitglieder:	Karlheinz Bäker Ilonka Etzold Erich Hillebrand Bernd Köhler Georg Ralle Peter Tischer Herbert Zeidler
Vertreter der Beschäftigten:	Holger Boomhuis Ingrid Funke
stellv. Ausschussmitglieder:	Karin Boomhuis
hinzugewählte Ausschussmitglieder:	Helmut Sauer
Ratsmitglieder:	Dirk Brumund Christine Lampe Alfred Müller
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
von der Verwaltung:	Ingrid Köhler
Gäste:	Dr. Hubertus Baumeister Kersten Duwe

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Anträge an den Rat der Stadt Varel
Kein Tagesordnungspunkt
- 3 Stellungnahmen für den Bürgermeister
Kein Tagesordnungspunkt
- 4 Beschlüsse in eigener Zuständigkeit
Kein Tagesordnungspunkt
- 5 Zur Kenntnisnahme
- 5.1 Antrag des Kurvereins Dangast auf Freigabe des gemeindeeigenen Strandbereiches

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 **Einwohnerfragestunde**

2 **Anträge an den Rat der Stadt Varel**

Kein Tagesordnungspunkt

3 **Stellungnahmen für den Bürgermeister**

Kein Tagesordnungspunkt

4 **Beschlüsse in eigener Zuständigkeit**

Kein Tagesordnungspunkt

5 **Zur Kenntnisnahme**

5.1 **Antrag des Kurvereins Dangast auf Freigabe des gemeindeeigenen Strandbereiches**

In der Werksausschusssitzung am 04.05.2009 wurde der Antrag des Kurvereins Dangast auf Freigabe des gemeindeeigenen Strandes behandelt. Die Verwaltung wurde beauftragt, Vorschläge zur Lösung der zu erwartenden Probleme zu entwickeln.

Durch die Freigabe des Strandeintritts würden für die Kurverwaltung Einnahmen in Höhe von ca. 40.000,-- Euro jährlich entfallen. Dieser Einnahmefall könnte durch eine Erhöhung der Kurbeiträge ausgeglichen werden. Notwendig wäre allein hierfür eine Erhöhung um ca. 15%.

Hunde, Reiter und Radfahrer vom Strand fernzuhalten ist nur möglich durch den Einsatz von Ordnungspersonal. Bei einem Einsatz von 9.00 Uhr bis 18.00 Uhr an sieben Wochentagen würden zwei Kräfte benötigt. Die Kosten würden ca. 42.000,-- Euro betragen. Auch hier müsste ein Ausgleich über einen erhöhten Kurbeitrag erfolgen.

Kurbeiträge dienen der Finanzierung vielfältiger Angebote und Leistungen. Wahrgenommen wird von den Gästen jedoch fast ausschließlich der freie Strandeintritt als persönlicher Vorteil. Sollte dies entfallen und damit auch die Kontrolle der Kurkarten durch die Kassierer an der Strandkasse, entfällt der offensichtliche Anreiz zum Erwerb der Kurkarte. Dies führt zu erheblicher Kurbeitragsunehrlichkeit und damit zu weiteren Einnahmefällen. Eine Lösungsmöglichkeit besteht auch hier nur in der Ausweitung von Kontrollen und der Finanzierung der Kosten für die Kontrolleure durch eine Erhöhung der Kurbeiträge.

Die Diskussion über diesen Tagesordnungspunkt verläuft wie folgt:

Bgm. Wagner: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben in der Sitzung des Werksausschusses für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast am 04.05.2009 den Antrag des Kurvereins auf der Agenda gehabt und im letzten Absatz hatten Sie die Verwaltung gebeten: mehrheitlich mit einer Enthaltung sprechen sich die Ausschussmitglieder dafür aus, die Beschlussfassung über den vorliegenden Antrag bis zum September 2009 zurückzustellen. Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge zur Lösung der Probleme fehlende Einnahmen und Ordnung am Strand zu entwickeln. Wir haben Ihnen heute eine Vorlage gegeben, die wir aber gerne mündlich noch erläutern. Schlussendlich geht es darum, dass wir bezogen auf den Strandeintritt mit Einnahmen in Höhe von ca. 40.000 Euro jährlich zu rechnen haben bzw. die dann entfallen würden, das heißt bei entsprechenden Einnahmeausfällen müssten wir die Kurbeiträge um ca. 15 % anheben um die Einnahmen dann zu regenerieren, ansonsten können wir nur noch einmal darauf hinweisen, dass, wenn wir den Strand freigeben, wir entsprechend mehr Personal für die Reinhaltung und auch für die Ordnung, insbesondere in den Sommermonaten, bereitstellen müssen, was natürlich auch wieder zu Kosten führen würde, das ist aber eine Frage der Intensität, wie viel möchte man da vorhalten, was braucht man tatsächlich, das sind sicherlich Erfahrungswerte, die man sammeln müsste. Wir sind aber der Auffassung, das wir momentan Ihnen das nicht weiter vorschlagen können, zumal wir nachher im nichtöffentlichen Teil noch über die Dienstleistungskonzession sprechen und wir sicherlich in einigen Bereichen schlichtweg bei einer Konzessionsvergabe Themen vorgreifen würden, so dass wir Ihnen zur Kenntnis geben wollten und würden Ihnen raten, zum gegenwärtigen Zeitpunkt den Antrag des Kurvereins Dangast nicht weiter zu beraten beziehungsweise ihn nicht abschließend zu bearbeiten.

Hr. Hillebrand: Wenn Sie hier von 40.000 Euro Einnahmen sprechen, dann müssen wir ja die Ausgaben auch gegenrechnen. Das haben wir jetzt natürlich nicht aufgeschrieben. Sie haben es eben jetzt genannt, schöner wären die Unterlagen so dass wir sie gleich verwenden können. Aus dem Wirtschaftsplan entnehme ich 36.000 Euro, aber das will ich jetzt nicht hochrechnen, sondern ich will auch gerne den zweiten Vorschlag in der anderen Frage so auch akzeptieren. Jetzt müsste uns ja konkret gesagt werden was bleibt unterm Strich wirklich als Minus oder als Plus über. Das habe ich bis jetzt nicht entnommen oder entnehmen können aus den Unterlagen. Es ist ein allgemeiner, ich will nicht sagen Unmut, aber schon ein gewisses Unverständnis. Ich habe das auch ein paar Mal erlebt, wenn Eltern mit den Kindern draußen an der Kasse stehen und plötzlich für den Strand nicht unerheblichen Eintritt zahlen müssen. Ich hab das morgens mehrmals beobachtet, dass sie dann weggegangen, nicht reingegangen sind. Also da müssen wir jetzt prüfen, welchen Effekt das auslöst. Hier geht es aber hauptsächlich um das rechnerische. Was ist wirklich unterm Strich uns als Einnahme positiv noch zu rechnen wenn wir das so beibehalten. Das möchte ich dann schon als Vergleich haben.

Hr. Müller: Ich konzentriere mich auf die Frage, wie wir die Hunde vom Strand fernhalten können und mit so einer Aussage, dass das irgendwie halt nicht möglich ist, woanders scheint es ja zu funktionieren, also „dieses geht einfach nicht“, oder „wir wollen es nicht“ steckt vielleicht auch ein Stück weit dahinter, muß ich sagen ich find es unheimlich schade und für die Stadt erst mal sicher auch von großem Interesse was die Attraktivität eines Badeortes ausmacht ob man vielleicht auch mal freien Eintritt hat. Woanders ist das überall möglich bloß bei uns an der Nordsee irgendwie überhaupt nicht möglich. Meiner Ansicht nach ist es nur eine Frage der Kontrolle. Da muss man mal sehen, wie wir das hinkriegen, aber befriedigend ist diese Antwort insgesamt nicht.

Hr. Tischler: Die von Ihnen geschilderte Reaktion, Herr Hillebrand, die erlebt man eigentlich vor jeder Kasse aber ich muss Ihnen sagen, zunächst mal zu Herrn Müller, wer mal 14 Tage oder eine Woche an der Ostsee war, der weiß, dass er sich dort nur dann etwas wohler fühlen kann bei der Geldausgabe, wenn er als Radfahrer erscheint. Als Radfahrer können Sie Ihr Fahrrad in die Ecke stellen, das kostet kein Geld. An der Ostsee wird sehr konsequent jeder Parkplatz abkassiert. Dort hat man zum Beispiel ganz gekonnt diese Parkuhren eingesetzt, die solarbetrieben sind. Auch dort kommt man schon an das Geld heran. Aber hier ist ja ein anderes Problem angesprochen. Herr Hillebrand hat ja mit Recht gesagt wir können jetzt nicht so rechnen dass wir sagen wenn wir den Strand freigeben dann entfallen auch die Kosten der Bewirtschaftung. Die werden möglicherweise höher, weil die Frage der Beaufsichtigung kein Gut ist, das automatisch auch umgesetzt wird. Wir merken aber, dass es gerade an der ostfriesischen Küste ja auch Bäder gegeben hat, die den freien Strandeintritt nach einem Jahr wieder zurückgenommen haben, weil sie in erster Linie gegen die Hundehalter aber auch gegen die Radfahrer nicht ankamen. Auch die negativen Beispiele, Herr Müller, sollte man sich auch einmal zu Gemüte führen. Bedauern kann jeder, dass das Thema mit Eintritt verbunden ist, bloß die Alternative, die muss ernsthaft überdacht sein, davon bin ich fest überzeugt. Im Moment haben wir ja auch die Verquickung mit der Kurtaxe, die darf man dabei nicht verkennen. Ich weiß nicht, wie das mit dem Anreiz ist, einer der Anreize war ja auch der freie Eintritt am Strand und es gibt auch das Argument, wenn wir jetzt nach einem Partner suchen, müssen wir nicht kurz vor Toresschluss alles mögliche beraten, was normalerweise der zukünftige Betreiber zu entscheiden hat.

Bgm. Wagner: Die Aussage „geht nicht“ und „wollen nicht“ kann ich nicht gelten lassen. Wir müssen sicherlich auch unsere Erfahrungswerte sammeln in dieser ganzen Geschichte und verweisen hier und haben das auch schon in diesem Ausschuss gemacht auf Bensenziel, wo man den Antritt und den Versuch gemacht hat aber schlichtweg da auch gescheitert ist. Es liegt ja sehr häufig auch an den Menschen, die dafür sorgen, dass ein Strand verdreckt und so weiter, was sehr schade ist. Was es auf Heller und Pfennig kosten wird, das können wir Ihnen nicht sagen, weil wir die Rahmenbedingungen natürlich auch nicht feststellen können. Also ich

kann momentan nicht sagen, wie häufig zum Beispiel in den Sommermonaten das Ordnungspersonal da rüber gehen soll. Wenn Sie mir sagen, das machen Sie zweimal am Tag, dann habe ich eine Vorgabe, das reicht eventuell aber nicht aus. Das heißt, dass wir nachbessern, so dass ich sagen würde, das sind alles so Luftnummern, die ich Ihnen nicht hier auf den Tisch lege.

- Hr. Ralle: Hier steht: Hunde, Reiter und Radfahrer. Der Kurverein fordert ja nicht Wegreißen der Zäune sondern einfach freien Strandeintritt. Das heißt es gibt weiter eine Kasse. Ich kann mir schwer vorstellen, dass ein Pferd vor der Kasse steht also ich finde das ein bisschen übertrieben. Wenn da einer mit einem großen Hund steht dann kann man immer sagen bitte nicht.
- Bgm. Wagner: Streichen Sie Reiter.
- Hr. Ralle: Es ist hier auch nur von Geld die Rede. Der Kurverein macht das ja nicht, um die Stadt zu ärgern oder so etwas. Es soll ja attraktiver werden, es soll ja Dangast etwas bringen. Und da verspricht der Kurverein sich etwas davon. Vielleicht kommen wir ja am Ende zu einer ganz anderen Lösung, das wissen wir noch nicht, aber das ist schon ein Anliegen des Kurvereins.
- Hr. Bäker: Wir kommen heute nicht zu einer Entscheidung, weil es zur Kenntnisnahme ist, das Stichwort Partnersuche klang eben auch schon an. Ich habe mir auch meine Gedanken gemacht. Es geht ja um Geld. Wer zahlt denn für den Strand? Es gibt drei Besuchergruppen für den Strand: die Feriengäste zahlen nicht, weil sie die Kurtaxe bezahlen. Die sind außen vor. Dann haben wir die Vareler, dann haben wir die Auswärtigen. Wenn ich mir die Besucherströme im Sommer oder am Wochenende angucke, dann lese ich Ammerland, Oldenburg, Delmenhorst, Wesermarsch, Friesland Süd. Wenn man das beobachtet, würde ich sagen, mein Eindruck ist, dass es zu 80 % nicht Vareler sind an solchen Tagen sondern Auswärtige. Wenn ich denen jetzt den freien Eintritt gebe, dann subventionieren wir die Bürger anderer Städte und Gemeinden. Der Vareler Steuerzahler hat schon 1,3 Millionen Euro zu zahlen, und auf dessen Rücken werden die zusätzlichen Einnahmeausfälle auch noch ausgetragen. Das ist nicht einzusehen. Ich glaube auch nicht, wenn die 50 Cent mehr bezahlen müssten, dass die ins Wangerland fahren, deswegen 30 Kilometer weiter zurücklegen. Ich würde es als Gerechtigkeit ansehen, wenn die Vareler Bürger freien Eintritt haben und den Ausgleich dadurch schaffen, sagen wir mal 50 Cent mehr, den die anderen bezahlen müssen. Die Vareler zahlen ohnehin schon soviel, dass sie das vielleicht als Ausgleich verdient hätten. Aber nicht, dass man ihnen das, was man anderen erlässt auch noch aufbürdet. Darüber kann man einmal nachdenken.
- Hr. Hillebrand: Herr Bäker, jetzt gleich auf Ihre Aussage. Wir sprechen immer von Wirtschaftskraft, dass der Tourismus hier besonders heraussticht. Wenn wir den Leuten, die aus dem Ammerland oder Oldenburg kommen, sagen, ihr passt nicht zu uns, das geht nicht, denn auch die Gastronomen leben von diesen Leuten. Das müssen wir nüchtern sehen. Wir sollten das heute nicht in dieser Runde sondern

ich möchte da jetzt keine Grenzen ziehen. Wir haben lediglich festgestellt, dass wir diesem Anliegen der Dangaster ein bisschen näher treten können. Da muss aber auch eine vernünftige Konzeption her. Wie kriegen wir das hin? Das ist doch die andere Frage. Ich will mich nicht an anderen Orten orientieren. Das tun wir zu leicht. Wir müssen die eigene Kraft aufbringen. Dangast müssen wir ins Geschäft bringen, sonst haben wir da verloren. Deshalb nehme ich jeden, der nach Dangast kommt, gern auf. Das ist egal, wo er herkommt. Das möchte ich betonen. Und da sollten wir nicht abgrenzen. Noch mal eine Frage: muss jemand, der beruflich übernachtet, auch Kurtaxe zahlen?

Kurverwaltung: Menschen, die sich zur Ausübung ihres Berufes im Gebiet der Stadt Varel aufhalten, müssen keinen Kurbeitrag entrichten. Es zahlen nur Menschen, die sich zu Urlaubszwecken aufhalten. Man zahlt, auch wenn der Aufenthalt nur eine Nacht dauert. Soweit Aufenthalte länger als 27 Nächte dauern, gibt es die Möglichkeit, eine Jahreskurkarte zu lösen. Menschen, die sich zur Ausübung ihres Berufes aufhalten, zahlen keinen Kurbeitrag.

Frau Lampe: Als Erfahrungswert kann ich sagen ich zahle an der Ostsee 2 Euro Kurbeitrag. Dort sind an mehreren Stellen Hundestrände und damit gibt es keine Probleme. Es gibt mehrer Strandabschnitte, an den Zugängen sind Schilder, das funktioniert ganz selbstverständlich.

Hr. Müller: Wenn ich sehe, wie lange das jetzt schon geht und was nachher noch im nichtöffentlichen Teil kommt ist meine Einschätzung so, wir werden überhaupt keinen Betreiber finden.

Hr. Chmielewski: Ich sehe das ähnlich wie Herr Müller, wenn man immer auf die Vergabe von Quellbad und Strand schießt das hält uns nur auf. Wichtig ist, wie bringen wir Dangast nach vorne und deshalb bin ich ehrlich gesagt – ich habe die Vorlage heute auch erst bekommen – ein bisschen enttäuscht von dem Ergebnis. Ich hatte den Arbeitsauftrag an die Verwaltung so begriffen, dass die Verwaltung beauftragt ist, Dinge zu produzieren und nicht nur das zu wiederholen, was beim letzten Mal schon gesagt ist, das Einnahmeverluste entstehen und Ordner gebraucht werden, das ist bekannt, nicht nur Probleme zu sehen, sondern Lösungen zu produzieren und man kann aus diesen Wortbeiträgen auch eine Lösung heraushören. Man muss die beiden Aspekte Einnahmen und Ordnung in den Griff bekommen. Wir haben einen großen Werbeetat für Dangast. Wir sind erst durch die Veräußerungsabsichten darauf gekommen, dass unser Quellbad ein Solebad ist und das man das als Markenzeichen mehr in den Vordergrund rücken muss. Ähnliches kann man beim Projekt Strandeintritt sehen. Wenn wir als Alleinstellungsmerkmal an der Küste erreichen können wir sind ein Bad, das anders ist als die anderen, wir haben zwar Kurtaxe, aber unser Strand ist für Bürger und für Gäste frei. Dann ist der Effekt – Herr Bäker hat ja gesagt, es sind hauptsächlich die Ammerländer – es geht um einen Werbeeffekt, den wir in die Öffentlichkeit stellen können. Ob die es nachher nutzen oder nicht, ist egal. Fakt ist, dass Leute von Zäunen abgeschreckt werden. Leute, die nur schnüstern wollen, würden durch einen offenen Bereich

auf uns aufmerksam. Wenn wir das machen, sparen wir uns Öffentlichkeitsarbeit. Den Strandeintritt muss man gegenrechnen gegen die Kosten. Wir müssen uns überlegen, was können wir uns dafür sparen. Ich sehe das nicht so wie die Verwaltung, dass wir mehr Personal einstellen müssen für die Aufsicht. Wir müssen die Last verteilen. Man wird durch den Zaun abgehalten, spazieren zu gehen und vielleicht im Strandkorb zu sitzen. Wenn man den Strandkorbverleih einem Privatmann anbietet und dafür verlangt, dass er den Strand in Ordnung hält, könnte man die Personalkosten bei der Reinigung und bei der Aufsicht einsparen. Man muss versuchen, Private zu finden, die diesen Part übernehmen. Ein positives Beispiel ist der Privatstrand von Karl-August Tapken. Man könnte Pommesbuden und Trampolinspringen zulassen. Das sind Möglichkeiten, Einnahmen zu generieren um die Aufsicht zu bezahlen. Oder man gibt den Strandbetrieb komplett an Private ab. Für die Müll-Fraktion kann ich sagen, dass wir dem Ansinnen des Kurvereins positiv gegenüberstehen. Die Verwaltung müsste das entsprechend vorbereiten und Gesprächspartner suchen, die Interesse haben, das zu übernehmen. Eine Erhöhung der Kurtaxe ist eine Milchmädchenrechnung. Es würde genügen, eine größere Kurbeitragsehrlichkeit zu erreichen. Hier bitte ich den Kurverein, hier zu helfen, die Einnahmeseite zu verbessern ohne die Beiträge anzuheben.

- Frau Etzold: Ich möchte einen Satz wiederholen und zwar: wir können zur Zeit keine Geschenke machen. Das ist das Allerwichtigste. Trotzdem fände ich es persönlich auch schön, wenn es einen Strand gäbe, an dem jeder flanieren kann. Können wir ein Konzept finden, das für die Stadt kostenneutral ist. Das ist der Punkt, dass wir nicht rein Kosten verursachen, sondern das alle Beteiligten versuchen mit diesem guten Ziel eine Lösung zu finden. Ich könnte mir vorstellen, dass der Kurverein oder andere Menschen in Dangast bereit sind, einen Teil der Lasten zu tragen in Bezug auf Reinigung oder Aufpassen. Und die Privatisierung der Strandkorbvermietung wäre vielleicht auch ein Baustein, den man dort einfügen könnte. Das Ziel ist gut aber absolut kostenneutral umzusetzen.
- Hr. Sauer: Uns geht es um das Hauptargument, Wettbewerbsvorteile zu haben. Auf dem Werbeargument kann man alles aufbauen. Die Kurbeitragsehrlichkeit können wir nicht beeinflussen. Die Mitglieder des Kurvereins führen die Kurbeiträge ordentlich ab. Auch wir haben immer gesagt, der Strand muss vermarktet werden. Im Moment ist es so, dass die Strandkörbe vermietet werden, dass die DLRG da ist, es sind Leute am Strand, die auch mal aufpassen können, ob da ein Hund rumläuft. Wir reden auch nur über den Sommer. Im Winter ist der Strand ja sowieso frei. Wir verweisen auf den Wettbewerbsvorteil und werden uns Gedanken machen, wie man das lösen kann.
- Bgm. Wagner: Es ist offensichtlich ein vielschichtiges Problem. Es gibt gute Gründe und jeder jeder wird unterschreiben, dass es schön ist, kostenfrei an den Strand zu gehen. Ich glaube, man muss schauen wer den Nutzen hat. Der Antrag ist nicht umsonst vom Kurverein gestellt worden. Der Kurverein sagt, wir haben einen Wettbewerbsvorteil und das sage ich, wer den Wettbewerbsvorteil hat

und ihn nutzen kann, der soll auch dafür bezahlen. Wir leben in einer wirtschaftlich ausgerichteten Gesellschaft und da stelle ich dem Kurverein die Frage, wie stellt er es sich vor, einen freien Strand zu generieren und das – dann greife ich auf, was Frau Etzold gesagt hat – unter Kostenneutralität. Unter Mitwirkung der ortsansässigen Leute, denn die müssen ja einen ureigenen Vorteil haben. Ich habe noch niemanden erlebt, der freiwillig auf uns zugekommen ist und dafür bezahlt, dass er etwas machen darf. Man sollte so fair sein und diejenigen, die den Nutzen haben, dafür bezahlen lassen. Ich erinnere an das Stichwort Fremdenverkehrsabgabe. Derjenige, der den wirtschaftlichen Vorteil hat, bezahlt.

- Hr. Müller: Ich muss etwas deutlicher werden. In diesem Papier, das ich zur Kenntnis bekommen habe, steht, die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge zur Lösung der zu erwartenden Probleme zu entwickeln. Das war am 04.05.2009. Und dann kann sich jeder hier im Ausschuss die Tischvorlage durchlesen, die wir heute bekommen haben, unmittelbar 5 Minuten vor der Sitzung. Und das steht eigentlich nur drin, warum es nicht geht. Wir haben die Verwaltung im Mai beauftragt, Lösungsvorschläge für die Probleme zu machen. Wir haben hier nur gehört, was es für Probleme macht, aber es sind keine Vorschläge, nicht irgendein Vorschlag auf den Tisch gelegt worden, nur, warum es nicht geht. Herr Chmielewski hat ein paar Vorschläge gemacht, aber von der Verwaltung ist nichts gekommen. Ein halbes Jahr, meine Damen und Herren, hat die Verwaltung gebraucht, um dieses Pamphlet hier auf den Tisch zu legen, warum es nicht geht. Das ist in Varel die Erarbeitung und Lösung von Problemen. Das ist eine Verhöhnepipelung von Ratsherren und Ratsfrauen, wenn wir einen Auftrag erteilen, wie damit umgegangen wird. Das ist unmöglich, wie dieser Auftrag abgearbeitet worden ist. Und dafür braucht man ein halbes Jahr. Da kann ich mich wirklich drüber ärgern. Für mich eine unmögliche Arbeit.
- Bgm. Wagner: Das kein Vorschlag enthalten ist, möchte ich hinten anstellen. Schlussendlich haben wir den Vorschlag gemacht, einen sicherlich ganz einfachen, aber auch vielleicht gar nicht einmal so unpraktikablen, nämlich eine fünfzehnprozentige Erhöhung der Kurbeiträge. Dann haben Sie es schon. Unterm Strich sind wir dann mit den Kurbeiträgen nicht so viel teurer als in unserer Region. Damit könnten Sie das Problem so aus der Welt schaffen. Ich bin gerne bereit, auf weitere Vorschläge zuzugehen, aber Sie können von uns nicht erwarten, Wolkenkuckucksheime darzustellen, die nie realisiert werden können. Wir sind realitätsnah.
- Hr. Sauer: Werden die fehlenden 40.000 Euro Einnahmen nicht kompensiert durch die Kassierer, die nicht mehr gebraucht werden.
- Hr. Ralle: Herr Bürgermeister, es geht nicht an, den Leuten in Dangast, die sowieso schon Einbrüche haben, noch etwas abzunehmen, es geht hier um die Erhaltung von Dangast, dass wir gleichmäßige Zahlen behalten, dass Dangast attraktiv bleibt, und nicht noch Leute dazu zu bewegen, dass sie die Vermietung aufgeben. Es geht darum dass Dangasts Attraktivität erhalten wird. Es ist nicht so, dass die Dangaster nur den Vorteil haben. Wir haben auch in der Stadt einen Vorteil davon, wenn die Gäste hier in der Stadt

kaufen. Das sind nicht nur „die in Dangast“, das sind alle hier. Es ist nicht so einfach gestrickt, wie Sie es gerade dargestellt haben. Mit ein bisschen Mühe und Zusammenarbeit müsste es gehen, auch ohne Vorschläge der Verwaltung, Lösungen zu finden.

Bgm. Wagner: Es steckt eine höhere Mathematik dahinter. Es sagen alle, wir haben einen Wettbewerbsvorteil und ein Wettbewerbsvorteil generiert mehr Umsatz, generiert mehr Leute, dadurch haben wir einen Profit. Wir dürfen aber an einer bestimmten Stelle nicht aufhören zu denken. Wenn wir den Leuten einen Wettbewerbsvorteil geben, dann erwarte ich auch, dass diejenigen zumindest einen Bruchteil von dem Vorteil mit der Stadt teilen.

Kurverwaltung: Wir haben, seit wir die Strandkasse ans Quellbad verlagert haben, nicht mehr drei Kassierer nur für die Strandkasse. Die Strandkasse wird von der Quellbadkasse mit bedient, nur zu Hochzeiten werden zusätzliche Kassierer beschäftigt. Personen können nicht eingespart werden. Die Strandkasse ist in der Zeit von Mitte April bis Mitte September von 9.00 bis 18.00 Uhr besetzt. Außerhalb dieser Zeiten haben wir sofort Hunde am Strand. Die Bewohner des Campingplatzes beschwerten sich, dass die Hunde auch über den Campingplatz geführt werden. Hunde sind erlaubt am privaten Strand vom Alten Kurhaus, es dürfen Hunde an den Schnupperstrand und Dangast hat nur einen ganz kleinen Strand. Das ist das Problem.

Hr. Tischer: Ich wollte noch einen Hinweis geben. Wir haben doch eine Zielsetzung: wir sind gemeinsam bemüht – ich hoffe doch, gemeinsam bemüht – 1,3 Millionen Euro laufenden Verlust jährlich in den Griff zu bekommen. Ich bin der Meinung, dass wir auf der falschen Fährte sind, wenn wir und stundenlang über 40.000 Euro unterhalten. Das muss eingebettet sein in das Gesamtkonzept. Ich frage mich wirklich, wie wir das erreichen wollen. Das ganze Thema kann kein hehres Ziel bleiben. Ich denke an das Haushaltssicherungskonzept und da steht 500.000, was wir zwingend geordnet haben, sind 350.000. Ob wir das umsetzen können ist die spannende Frage. Wir stehen vor Anbeginn der Wintersaison. Wenn die Verwaltung aufgrund pflichtgemäßer Prüfung feststellt, dass eine Kostenneutralität aus ihrer Sicht nicht herzustellen ist, ist das auch eine Antwort, die ich ernst nehmen muss. Wir können die vielfältigen Anregungen, die jetzt gegeben wurden, verdichten fürs Protokoll und können im Dezember darüber beraten.

Hr. Chmielewski: Frau Etzold hat es gesagt, wichtig ist letztendlich Kostenneutralität. Ich würde auch das von Herrn Tischer mit abdecken, wir können unsere Kosten nicht erhöhen, das muss der Kurverwaltung klar sein und der Bevölkerung. Wie können wir Entwicklung erreichen ohne Geld. Das ist das, was die Kurverwaltung leider nicht in diesem Schreiben abgeprüft hat. Man müsste versuchen, aus Beispielen zu lernen. Ein gutes Beispiel ist der Asteder See. Die Lasten sind abgewälzt, es gibt keine Probleme. Da machen uns andere Kommunen vor, wie es geht. Man sollte doch irgendeinen Betreiber finden, der das übernimmt. Wir belasten unseren Haushalt mit Aufgaben, die keine Gewinne bringen, aber zu viel Streit führen. Ein Privater würde sein Geschäft auch bei schlechtem

Wetter betreiben. Wir nutzen den Strand nicht aus. Es gibt Spaziergänger, die dahingehen, aber nur ins Teehaus, weil sie dort windgeschützt sitzen können. rein theoretisch, mit einer Gastronomie dabei oder wie auch immer, man muss ja nicht alles selbst entwickeln, da muss man die Aktivität eines Menschen nutzen, der hungrig ist, nicht einer, der satt ist, dem die Stadt die Körbe hinstellt sondern der sagt wie kriege ich den meisten Profit aus den Körben raus. Das müsste man hinkriegen. Ich würde vorschlagen, dass man sagt, kann die Kurverwaltung Kontakte knüpfen dazu. Wir haben in der Vergangenheit Anträge gehabt von Leuten, die am Strand etwas machen wollten. Wir tun uns schwer damit, das zuzulassen. Beim Alten Kurhaus geht das und das mach den Platz interessant. Warum sollte unser Strand nicht auch noch mehr genutzt werden von Privaten. Wir müssen nur Bezahlung einfordern. Früher war es immer so, dass wir Geld draufgezahlt haben, weil es für einen Pächter nicht lukrativ war, auf dem Campingplatz oder am Strand etwas zu machen freiwillig. Das ist nicht der Fall. Natürlich sind Leute bereit, wenn sie eine wirtschaftliche Existenz wittern, auch für Leistung zu bezahlen. Strandkorbvermietung mit einem Stück Gastronomie dazu wird funktionieren. Ich hätte gerne ein Votum, dass die Verwaltung in diese Richtung Gespräche führen kann ohne dass jemand etwas dagegen hat.

Hr. Hillebrand: Ich bitte um Abgabe des Vorsitizes bei Wortmeldung durch den Vorsitzenden.

Zur Beglaubigung:

gez. Iko Chmielewski
(Vorsitzende/r)

gez. Ingrid Köhler
(Protokollführer/in)